

Rosmarie Widmer Gysel übernimmt Spitex-Präsidium

Per Ende Mai gibt Werner Gasser sein Amt als Präsident des Spitexverbandes des Kantons Schaffhausen ab. Seine Nachfolgerin wird die ehemalige Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Das schreibt der kantonale Spitexverband in einer Medienmitteilung.

Gasser wurde 2011 als Vorstandsmitglied des kantonalen Spitexverbandes gewählt. Als Leiter des Alterszentrums Emmersberg führte er das dortige Spitemteam und war so mit der Thematik vertraut. 2013 übernahm er das Präsidium von Ursula Leu und führte dieses sieben Jahre lang. Gasser schreibt, dass die Amtszeit keine stressige Zeit gewesen sei, aber doch spannend und mit einigen Emotionen verbunden – vor allem was die Beitritte der zusätzlichen Regionen anbelangte. So konnte Gasser während seiner Amtszeit erreichen, dass sich die Spitex Buchberg-Rüdlingen und die Spitex Unterklettgau-Randental dem Verband anschlossen. Somit sind alle Regionen des Kantons vertreten.

Gasser dankt den Vorstandsmitgliedern und speziell dem Neuhauser Gemeinderat Christian Di Ronco, welcher die letzten sieben Jahre das Vizepräsidium bekleidete und «eine gute Arbeit als Finanzverantwortlicher leistete». Di Ronco wird den kantonalen Vorstand ebenfalls per Ende Mai verlassen. Die Nachfolge als Finanzverantwortliche wird Brigitte Ochsner, Spitexleiterin Buchberg-Rüdlingen, antreten. (lru)

Lötschbergtunnel: Wassereinbruch durch Karstgestein

BERINGEN. Am 24. Mai veröffentlichte die «SonntagsZeitung» unter dem Titel «Ehekrise brachte Tunnelgeheimnis ans Licht» einen Artikel, der die Qualität der von der Firma Simplex AG gelieferten Abwasserrohre im Tunnel anzweifelt. Dabei stützt sie sich auf die eidesstattliche Aussage einer ehemaligen Mitarbeiterin aus dem Jahr 2009, gemäss «SonntagsZeitung» der «Ex-Gattin des Simplex-Chefs», zum Prüfungsverfahren: Erst die zweite Charge der Rohre habe die Prüfung bestanden.

«Alle geprüften Rohre entsprachen den Anforderungen», schreibt dagegen die BLS in einer Stellungnahme laut «SonntagsZeitung». Die «NZZ» beschrieb am 19. Mai eine aufwendige Sanierung: Das schlammige Wasser aus der Karstzone über dem Tunnel werde in ein neues Absetzbecken eingeleitet, der Sand in Eisenbahnwaggons abtransportiert.

Nach Rücksprache mit seinem Anwalt wollte Johann Russ, Geschäftsführer der Simplex AG, gegenüber den SN keine Aussage machen. (us)

Polizeimeldungen

Hundeköder in Niklausen gefunden

SCHAFFHAUSEN. Gestern Nachmittag haben Anwohner im Niklausenquartier in der Stadt Schaffhausen einen mit einer Nadel präparierten Hundeköder gefunden. Ein solcher Köder kann sehr schwere Verletzungen bei Hunden verursachen. Die Schaffhauser Polizei bittet die Bevölkerung und insbesondere Hundehalter, um Vorsicht und um sachdienliche Hinweise zum Ursprung dieses Hundeköders. Bisweilen liegen der Polizei jedoch keine weiteren Meldungen über verletzte Hunde oder weitere Köder vor. Die Polizei bittet deshalb, auf Panikmacherei zu verzichten. (r.)



Die Linienführung der «Bestvariante» des Duraducts wurde auch aufgrund des Gefälles ausgewählt: Die Brücke würde so die Gartenstrasse auf der Schaffhauser Breite mit dem Weinsteig auf der Geissberg-Seite verbinden. Auf Höhe des nördlichen Endes der Stahlgiesserei gäbe es in einer Stütze einen Lift ins Mühlerental. KARTE STADT SCHAFFHAUSEN

Duraduct: SVP reicht Beschwerde ein

Die Planungskosten für das Duraduct überschreiten die Finanzkompetenzen des Grossen Stadtrats und müssen dem fakultativen Referendum unterstellt werden: Das schreibt die SVP in einer Beschwerde an den Regierungsrat.

Daniel Jung

SCHAFFHAUSEN. Mit einer Brücke für den Fuss- und Veloverkehr sollen die beiden Quartiere Geissberg und Breite über das Mühlerental hinweg verbunden werden. An seiner letzten Sitzung hatte der Grosse Stadtrat einen Planungskredit von 680 000 Franken für das Duraduct bewilligt. Das Bauwerk selber soll 9,5 Millionen Franken kosten, bei einer Unsicherheit von +/- 30 Prozent, und bis in rund 5 Jahren erstellt sein. Mit der Brücke sollen für Fussgänger und Velofahrer neue Routen mit geringen Höhendifferenzen entstehen. So sollen die Verkehrssicherheit und der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs erhöht werden.

Die Zustimmung im Grossen Stadtrat fiel mit 19 zu 15 Stimmen relativ knapp aus (SN vom 20. Mai). Schon während der Debatte hatte Hermann Schlatter (SVP) kritisiert, dass das Parlament mit der Bewilligung des Planungskredits seine Finanzkompetenzen verletze, wenn es den Kredit nicht dem fakultativen Referendum unterstelle. In einer Abstimmung wurde Schlatters Antrag jedoch mit 18 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Gemeinsam mit Parteikollege Michael Mundt (SVP) hat Schlatter nun beim Schaffhauser Regierungsrat eine Beschwerde gegen den Ausgabeentscheid des Grossen Stadtrats eingereicht – «gegen die Salamitaktik bei der Planungskreditvorlage», wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt. Dort heisst es: «Wie der Teufel das Weihwasser – so fürchten sich die links-grünen Politiker vor einer Volksabstimmung über das umstrittene Duraduct. Lieber teilt man die horrenden Planungskosten wie Salamischeiben auf, um so ein mögliches Referendum zu verhindern.» Es sei jedoch an der Zeit, dass das Volk über das knapp zehn Millionen Franken teure «Velobrücken» entscheiden könne.

Auch in der Vorlage des Stadtrats ist eine Volksabstimmung zum Duraduct vorgesehen. Gemäss dem dort entworfenen Zeitplan soll das Stimmvolk im November 2022 den Baukredit bewilligen. Davor soll der Ingenieurwettbewerb stattfinden, das Bauprojekt ausgearbeitet und eine Investitionskreditvorlage erstellt werden. Diese ginge dann zuerst ins Parlament und käme danach vors Volk.

SVP: Kompetenzen verletzt

Gemäss Ansicht der SVP ist aber bereits jetzt eine Volksabstimmung nötig, um den Planungskredit zu bewilligen. Grund dafür ist die Finanzkompetenz des Parlaments: Gemäss Verfassung liegt diese für einmalige Ausgaben bei 700 000 Franken. Mit dem Budget 2018 wurden bereits 200 000 Franken für die Planung des Duraducts bewilligt. Zählt



«Es darf nicht sein, dass Stadtrat und Parlament einfach kaltschnäuzig Verfassungsbestimmungen ignorieren.»

Hermann Schlatter
Grossstadtrat SVP

man diesen Betrag zu den 680 000 Franken der Planungskreditvorlage, resultiert eine Summe von 880 000 Franken. Deshalb, so argumentiert die SVP, sei der Kreditbeschluss dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

In ihrer Beschwerde schreiben die beiden SVP-Grossstadträte Mundt und Schlatter, dass von den ersten 200 000 Franken bereits rund drei Viertel für die Vorbereitung des Wettbewerbsverfahrens vorgesehen waren, wie auch weitere 150 000 Franken im neuen Planungskredit. «Ausgaben, die sich gegenseitig bedingen oder einem gemeinsamen Zweck dienen, dürfen nicht künstlich in einzelne, dem Referendum nicht unterstehende Teile aufgeteilt werden, um so den Gegenstand dem Referendum zu entziehen», schreiben sie mit Verweis auf das Bundesgericht. Beide Kredite stünden in einem derart engen Zusammenhang, dass ein Splitting nicht statthaft sei. Deshalb, so fordern der Parlamentarier, soll der Kreditbeschluss vom Regierungsrat nun nachträglich dem fakultativen Referendum unterstellt werden. «Es darf nicht sein, dass Stadtrat und Parlament einfach kaltschnäuzig Verfassungsbestimmungen ignorieren», sagt Hermann Schlatter. Deshalb sei es wichtig, dass der Regierungsrat diese Frage sorgfältig prüfe – auch für zukünftige Projekte.

Bernath: «Entspricht gängiger Praxis»

Baureferentin Katrin Bernath hat eine andere Einschätzung des Sachverhalts. Sie sagt: «Das Vorgehen bei der Bewilligung des Planungskredits für das Duraduct entspricht der gängigen Praxis, die von der Stadtkanzlei juristisch bestätigt und bereits in der Baufachkommission dargelegt wurde.» Die einzelnen Etappen der Projekterarbeitung seien sowohl in sachlicher als auch zeitlicher Hinsicht klar abgrenzbar, weshalb die Kredite jeweils einzeln betrachtet werden. «Dies wird schon immer so gehandhabt und wurde in bisherigen Beschlüssen des Grossen Stadtrates gutgeheissen», betont Bernath.

Von der rechtlichen Frage zu trennen seien dabei die politischen Erwägungen, ob das Vorhaben einer freiwilligen Volksabstimmung unterstellt werden solle. «Dieser Entscheid liegt beim Grossen Stadtrat, und ein entsprechender Antrag wurde abgelehnt», sagt Bernath mit Verweis auf einen im Rat verworfenen Antrag von Markus Leu (SVP). Natürlich stehe es Betroffenen frei, gegen Entscheide des Grossen Stadtrats Beschwerde einzulegen, erklärt Bernath. «Die vorliegende Beschwerde und die Begründung dazu zeigen aber, dass es hier in erster Linie um Wahlkampf und um einen Versuch zur Verhinderung eines Projektes geht, indem der Entscheid des Parlaments nicht akzeptiert wird», so die Baureferentin.



«Die einzelnen Etappen der Projekterarbeitung sind sowohl in sachlicher als auch zeitlicher Hinsicht klar abgrenzbar.»

Katrin Bernath
Baureferentin
Stadt Schaffhausen

Keine Reserve für Duraduct gebildet

Bei Behandlung der Jahresrechnung 2019 in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Stadtrats wurde ein Antrag zum Duraduct gestellt: Die Stadt solle eine finanzpolitische Reserve für die Finanzierung des städtischen Anteils am Projekt bilden und mit 3,9 Millionen Franken auflösen. Mit der Bildung der Reserve könne das Zukunftsprojekt gesichert werden.

In der Diskussion wurde in der GPK darauf hingewiesen, dass nun zunächst die Planung für das Duraduct weitergeführt und das Investitionsvolumen ermittelt werden soll, bevor die Finanzierung geregelt wird. Der Antrag wurde darauf mit 4 Nein- zu einer Ja-Stimme bei 2 Enthaltungen abgelehnt. (dj.) ■

In der Medienmitteilung nennt die SVP das Duraduct einen «Luxusweg über das Mühlerental». In der unsicheren Zeit der Coronakrise dürfte dieses Projekt bei vielen städtischen Bürgerinnen und Bürgern nicht die höchste Priorität geniessen, schreibt die Partei. Hermann Schlatter glaubt, dass die Stadt bei den geplanten Investitionen eine kritische Neupriorisierung der Projekte machen müsse. «Der Hallenbad-Neubau der KSS ist aus meiner Sicht deutlich wichtiger als das Duraduct», sagt er.

Die SVP weist darauf hin, dass das Vorhaben ein erhebliches Risiko beinhalte, weil das Land, auf denen die Brückenköpfe erstellt werden sollen, privaten Besitzern gehört. «Eine Einigung mit den Landeigentümern ist eine zwingende Voraussetzung für jegliches weiteres Vorgehen», schreibt die Partei.

Zwei Abstimmungen zum Duraduct?

Würde der Planungskredit nun an die Urne gebracht, so müsste das Volk später auch noch über den Baukredit entscheiden. Das sei zwar un schön, aber letztlich das Problem des Stadtrats und nicht des Parlaments, erklärt Schlatter. «Wenn die Projektierung so hohe Kosten auslöst, dann ist dies der Grund, weshalb es zwei Volksabstimmungen braucht.» Man könne die in der Verfassung festgehaltenen Finanzkompetenzen dafür nicht einfach aushebeln. Zudem könne es ja auch sein, dass bereits der Planungskredit vom Volk abgelehnt wird. «Dann werden nicht zusätzlich 680 000 Franken an Planungskosten in den Sand gesetzt», sagt Schlatter.